

VORWORT

Im März 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union am Europäischen Rat in Lissabon das Ziel gesetzt, die Europäische Union bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“.

Der Europäische Rat hat damit den Anspruch auf weltweite ökonomische Führung festgeschrieben und dazu eine globale Strategie festgelegt, welche gleichermaßen die drei Dimensionen Wirtschaft, Soziales und Umwelt erfasst. Dabei geht es um den Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft, generell mehr Wachstum durch einen geeigneten makroökonomischen Policy-mix und den dadurch möglichen Ausbau des europäischen Gesellschaftsmodells. Vom Rat wurden dazu in vielen Bereichen (z.B. Wirtschaftswachstum, Erwerbsquoten) konkret nachprüfbar Ziele formuliert und ein klares Bekenntnis zur Vollbeschäftigung abgelegt. Die Lissabon-Strategie will damit die wirtschaftliche Dynamik, die sich in Wachstums- und Beschäftigungsquoten manifestiert, mit den traditionellen europäischen Anliegen wie sozialer Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Einklang bringen. Fortschritte in Richtung einer gemeinsamen europäischen Ausrichtung der Politik, die auch international wahrgenommen werden, sind bereits feststellbar.

Kurz vor der Halbzeitbewertung dieser Strategie, die beim Europäischen Rat im März 2005 erfolgen soll, sieht die Bilanz dennoch ziemlich ernüchternd aus. Insbesondere die Eurozone verzeichnete in den Jahren 2000 bis 2004 ein deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt liegendes Wirtschaftswachstum mit einer Steigerung der Arbeitslosenquote von 8,4 % auf 8,9 %. **Die meisten Analysen der möglichen Ursachen dieser enttäuschenden Entwicklung vernachlässigen allerdings die makroökonomischen Rahmenbedingungen, unter welchen die Lissabon-Strategie umgesetzt werden soll. Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat sich deshalb die Aufgabe gestellt, mit der vorliegenden Publikation diese Lücke zu schließen. Ergänzend zu den zahllosen Beiträgen zur Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie (zuletzt z.B. der „Kok-Bericht“) sollen hier insbesondere die Rolle und Wirkung des makroökonomischen Policy-mix der EU dargestellt und Verbesserungsvorschläge aufgezeigt werden.**

Ebenso wie die üblichen Ziele der Wirtschaftspolitik – im oft zitierten magischen Vieleck der Wirtschaftspolitik finden sich z.B. Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, außenwirt-

schaftliches Gleichgewicht, gerechte Einkommensverteilung – sind auch die in Lissabon gesteckten Ziele wie Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit nur Zwischenziele auf dem Weg zum übergeordneten Ziel, nämlich möglichst großen Wohlstand für eine möglichst große Zahl von Menschen zu erreichen. Einleitend wird dargestellt, dass dieser Wohlstand nicht – wie in den üblichen Vergleichen der Leistungsfähigkeit der US-amerikanischen und der europäischen Wirtschaft – bloß am BIP pro Kopf gemessen werden kann, sondern einer umfassenderen und differenzierteren Betrachtung bedarf. Danach wird die überragende Bedeutung des Wirtschaftswachstums, auch für die übrigen Ziele der Wirtschaftspolitik, gezeigt. Es folgt eine Analyse des derzeitigen in den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ der EU festgelegten Mix der wesentlichen Bereiche der Makro-Politik der EU, also der Geld-, Haushalts- und der Lohnpolitik, unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Diskussion um den Pakt für Stabilität und Wachstum. Da dieser Mix offensichtlich nicht in der Lage war und ist, das erforderliche Wachstumspotenzial zu schaffen und insbesondere die notwendige Gesamtnachfrage zu generieren, werden im Empfehlungsteil Vorschläge für eine Verbesserung der Ausrichtung der europäischen makroökonomischen Politik gemacht und auch Hinweise darauf gegeben, welche zusätzlichen Möglichkeiten für eine österreichische Wachstumsstrategie in diesem europäischen Rahmen gesehen werden.

Der Dank des Beirats gilt allen Expertinnen und Experten, die an der Erstellung dieses Gutachtens mitgewirkt haben, insbesondere dem Team der Geschäftsführung.

Wien, im Februar 2005

Harald Kaszanits
Wirtschaftskammer Österreich

Rupert Lindner
*Präsidentenkonferenz
der Landwirtschaftskammern*

Werner Muhm
Bundesarbeitskammer

Richard Leutner
Österreichischer Gewerkschaftsbund

*Die Vorsitzenden des Beirats für
Wirtschafts- und Sozialfragen*